



Medienmitteilung

Luzern, 2. März 2019

Soll Polizei bremsen, statt Kriminelle zu verfolgen?

VSPB – Die Polizistinnen und Polizisten vertreten den Staat und müssen – um Delinquenten einzuholen oder zur richtigen Zeit an einem Einsatzort zu sein – auch ab und zu die Verkehrsregeln missachten. Dabei handeln sie mit der gebotenen Sorgfaltspflicht und unter Berücksichtigung der Verhältnismässigkeit. Dies machen sie auch, weil sich die Bevölkerung und die Opfer auf sie verlassen und ihnen auch vertrauen. Die aktuellen Gerichtsurteile zeigen aber ein grosses Misstrauen der Justiz. „Die Polizistinnen und Polizisten sind verunsichert, das ist ganz und gar nicht gut für die Sicherheit“, zeigt sich VSPB-Präsidentin Johanna Bundi Ryser empört und betont: „Für uns sind diese Urteile ganz klar inakzeptabel!“

Aktuell steht im Wallis ein Polizist vor Gericht, der um 02.48 Uhr in der Nacht einen Einsatz auf der Autobahn leitete. Gute Strassenverhältnisse, kein Verkehr, klare Nacht mit gutem Wetter. Es ging darum, eine Situation mit erhöhtem Risiko aufzulösen bzw. eine mögliche Gefährdung der Automobilisten zu verhindern. Der Polizist schätzte die Situation als gefährlich und dringlich ein und wurde mit 34 Stundenkilometern zu viel gebremst. Nun soll er 60 Tagessätzen à 100.- Franken zahlen und 2 Jahre auf Bewährung erhalten. Weitere aktuelle Urteile gehen in die gleiche Richtung.

Der Verband Schweizerischer Polizei Beamter VSPB kritisiert diese Auslegung der Rechtsprechung scharf. „Führt man diese Praxis fort, wird die Polizei davon abgehalten, ihre Arbeit richtig zu machen“, sagt VSPB-Präsidentin Johanna Bundi Ryser und ergänzt: „Das sind sehr gefährliche Signale, die dazu führen, dass sich Polizistinnen und Polizisten aufgrund eines drohenden Verfahrens zweimal überlegen müssen, ob sie ihre gesetzlichen Aufgaben wahrnehmen können oder nicht!“ Dies im Wissen, dass sie selber im Gefängnis landen könnten, wenn sie einen Täter verfolgen. Die Botschaft für die Kriminellen ist klar: Wenn ihr ein schnelles Auto habt, dann kommt ihr ungeschoren davon, da ja die Polizistinnen und Polizisten euch eh nicht verfolgen dürfen!

Affront gegenüber Polizistinnen und Polizisten

„Wir hören immer wieder von den Richtern, sie würden sich ja nur an die geltende Rechtsprechungspraxis halten. Diese saloppe Aussage erachten wir als einen Affront gegenüber den Polizistinnen und Polizisten, die sich Tag täglich für die Sicherheit einsetzen“, begründet Bundi Ryser das Unverständnis für die Urteile. Es ist für den VSPB schlichtweg zu einfach, wenn man hinter einem Schreibtisch sitzend in aller Ruhe solche Aussagen macht. Polizistinnen und Polizisten müssen sofort entscheiden und werden auch genau für solche Situationen ausgebildet. Auch die, in gewissen Kreisen verbreitete Meinung, wonach der VSPB einen Freipass zum Rasen fordert, ist absolut lächerlich! Fakt ist: Die Rechtsprechung macht die Polizistinnen und Polizisten mit dieser Praxis immer mehr zu Kriminellen. „Falls Bevölkerung und Politik diese Einschätzung teilen, dann werden sich die Polizistinnen und Polizisten künftig vielleicht eher strikt an die Verkehrsregeln halten, statt Kriminelle zu verfolgen“, ist die VSPB-Präsidentin überzeugt.

Für weitere Informationen:

- Deutsch: Johanna Bundi Ryser, Präsidentin VSPB, Tel. 079 609 50 90
- Französisch und Italienisch: Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64